

Datum 02.11.2018  
Nr.: RA-586/2018

### **Anfrage von Stadtratsmitgliedern - öffentlich**

(gemäß § 28 Abs. 6 SächsGemO in Verbindung mit der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Chemnitz)

Fragesteller/in: Herr Gordon Tillmann (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)  
Vorname Name (Fraktion)

### **Kurzbezeichnung: Demonstrationen und Meinungskundgebungen in Chemnitz**

#### **Frage:**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

vor dem Hintergrund der zahlreichen Demonstrationen und Meinungskundgebungen in diesem Jahr und vordergründig in den vergangenen vier Monaten, bitte ich um die Beantwortung nachfolgender Fragen:

1. In welchem Umfang kam es in Folge der Demonstrationen und Meinungskundgebungen, im Zusammenhang mit der Durchführung und Absicherung, zu einem Anstieg von Überstunden und ggf. auch Überlastungsanzeigen im Bereich des Ordnungsamtes, der Veranstaltungsbehörde und des gemeindlichen Vollzugsdienstes?
2. Welche Kosten musste die Stadt insbesondere für Beschilderungen (Umleitungen, Straßensperrungen etc.) in diesem Zusammenhang aufwenden?
3. Welche Kosten entstehen/entstanden für Absperrungen u.ä. temporäre Einrichtungen?
4. Ist der Stadt bekannt, wie sich im Zeitraum der seit September die Umsätze sowohl in der Gastronomie als auch des innerstädtischen Handels entwickelt haben?
5. In welchem Umfang nimmt die Stadt aus der geänderten Sondernutzungssatzung heraus Gebühren („Biergartensteuer“, Gebührentarif, ldf. Nr. 7, Zone 1) ein?

**Die Ratsanfrage wurde elektronisch erstellt und enthält keine eigenhändige Unterschrift.**